

**Einbringung der Haushaltssatzung mit Haushaltssicherungskonzept
der Stadt Zülpich für das Haushaltsjahr 2006
in der Sitzung des Rates am 15. Dezember 2005
durch den Bürgermeister, Herrn Albert Bergmann**

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser neuer Regierungspräsident Hans-Peter Lindlar hat mit Verfügung vom 18.11.2005 an die Kreise und kreisfreien Städte ausgeführt, dass er mit großer Sorge die Entwicklung der kommunalen Haushalte sehe.

Den meisten Städten und Gemeinden im Regierungsbezirk gehe es so schlecht wie noch nie. Er erwarte von allen Vertretern der Kreise und Städte, dass sie sich dieser Situation bewusst seien und entsprechend Rücksicht auf ihre kommunalen Haushalte üben würden.

Damit hat unser neuer Regierungspräsident zwar die aktuelle Situation zutreffend beschrieben, aber den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern seines Bezirks im allgemeinen und dem Bürgermeister der Stadt Zülpich im besonderen nicht die eigentlich erwarteten positiven Neuigkeiten überbracht. Er hat uns vielmehr das gesagt, was wir selbst schon wissen.

Weder von der Bundesregierung noch von der Landesregierung und somit auch nicht von der Bezirksregierung in Köln als verlängertem Arm der Landesregierung ist zu hören, ob und in welchem Rahmen durch eine Gemeindefinanzreform eine Verbesserung der Gemeindefinanzen erreicht werden kann oder soll. Dies stelle ich hier und heute ganz einfach nüchtern und ohne Emotionen fest.

Die Stadt Zülpich wird auch 2006 zu den Kommunen mit defizitärem Verwaltungshaushalt und nicht genehmigungsfähigem Haushaltssicherungskonzept gehören. Es zeichnet sich nicht ansatzweise der Weg zu einer nachhaltigen Besserung der Finanzlage ab.

Dies wäre sicherlich zumindest vorübergehend vermeidbar gewesen, wenn die neue Landesregierung dem Erftverband die aufsichtsbehördliche Genehmigung zum Vertrag über die Übernahme des Kanalnetzes der Stadt Zülpich erteilt hätte. Mit Rücksicht auf den kleineren Koalitionspartner und dessen Politik der Totalprivatisierung ist dies leider nicht geschehen. Also können wir nur auf die wohl anstehende nochmalige Novellierung des Landeswassergesetzes oder aber auf die Verwaltungsgerichte hoffen.

Vor diesen Hintergründen kann auch das im Jahre 2005 bei der Stadt Zülpich zu verzeichnende verbesserte Gewerbesteueraufkommen, das in gleicher Größenordnung auch für 2006 erwartet wird, nicht wesentlich zur Konsolidierung des Verwaltungshaushalts beitragen. Inklusive des abzudeckenden Fehlbetrages aus dem Jahre 2004 weist der Verwaltungshaushalt des Jahres 2006 einen Fehlbedarf von rd. 8,34 Mio. € aus. Bereinigt man diesen Betrag um die Fehlbetragsabdeckung des Jahres 2004, so müssen wir immer noch ein Defizit in Höhe von 5,34 Mio. € konstatieren.

Positiv zu erwähnen ist die Tatsache, dass der Vermögenshaushalt 2006 – wie bereits im Vorjahr – ohne die Neuaufnahme von Krediten ausgeglichen gestaltet werden kann. Hierdurch resultiert eine leichte Senkung des Gesamtschuldenstandes mit positiven Effekten für die vom Verwaltungshaushalt aufzubringenden Schuldendienstleistungen.

Positiv gestaltet sich auch die Entwicklung des Jahresergebnisses für das laufende Haushaltsjahr 2005. Ging der Rat der Stadt Zülpich bei Verabschiedung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 noch von einem Fehlbedarf von 6.435.900,-- € im Verwaltungshaushalt aus, so wird der tatsächliche Fehlbetrag aller Voraussicht nach nur rd. 4 Mio. € betragen. Dies ist zum einen auf die bereits erwähnte Verbesserung beim Gewerbesteuerertrag zurück zu führen, auf der anderen Seite jedoch auch auf die strenge Ausgabendisziplin, der wir uns alle unterworfen haben. Dies wirkt sich beim kommenden Jahresabschluss positiv aus.

Wenn man einmal von den Rahmendaten für das Haushaltsjahr 2006 ausgeht, muss man feststellen, dass mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2006 und dem Solidarbeitragsgesetz 2006 absehbar nicht gerechnet werden kann. Nach dem aktuellen Fahrplan des Landtags ist eine Verabschiedung erst im Frühjahr 2006 vorgesehen; auch erste Proberechnungen werden voraussichtlich erst im Januar 2006 vorliegen. Es gilt aber als sicher, dass das Gemeindefinanzierungsgesetz und das Solidarbeitragsgesetz 2006 sowie die Orientierungsdaten zeigen werden, dass die laufenden Zuweisungen des Landes aus dem Steuerverbund auf absehbare Zeit im angezeigten Umfang nicht zu einer Linderung der kommunalen Notlage beitragen können. Selbst bei unveränderten Grundannahmen über die Ausgestaltung des GFG wird im Jahre 2006 ein eher zurückgehender Zuweisungsbetrag für die Kommunen zur Verfügung stehen.

Alles in allem bedeutet das, dass wegen der noch nicht konkretisierbaren Werte des GFG 2006, des SBG 2006 und den nicht abschließend feststehenden Hebesätzen von Landschaftsverbands- und Kreisumlage der heute vom Bürgermeister eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 noch Änderungen unterworfen sein wird, die vom Rat und von den zuständigen Fachausschüssen nicht zu beeinflussen sind.

Bezogen auf das Haushaltsjahr 2006 wurden im vorliegenden Entwurf veranschlagt

Für den Verwaltungshaushalt

Einnahmen	21.530.400,-- €
Ausgaben	29.873.300,-- €
Unterdeckung inklusive Veranschlagung des Fehlbetrags aus dem Haushaltsjahr 2004	8.342.900,-- €
Bereinigung um Fehlbetrag 2004	3.000.000,-- €
Unterdeckung 2006 netto	5.342.900,-- €

Für den Vermögenshaushalt

Einnahmen und Ausgaben in Höhe von	7.791.400,-- €
---	-----------------------

Positiv wurde bereits angemerkt, dass der Vermögenshaushalt des Haushaltsjahres 2006 ohne die Aufnahme von Krediten ausgeglichen werden konnte. Daher braucht in § 2 der Haushaltssatzung auch keine Kreditermächtigung zu erfolgen.

Im Verwaltungshaushalt hat sich die Unterdeckung im Vergleich zum Haushaltsjahr 2005 (d.h. ohne Berücksichtigung der Abdeckung des Fehlbetrages aus 2004) von 6.435.900,-- €

auf

5.342.900,-- €

reduziert.

Sicherlich kann man sowohl das vorläufige Rechnungsergebnis des Jahres 2005 als auch den um ca. 1,1 Mio. € reduzierten Fehlbedarf des Haushaltsjahres 2006 als positive Entwicklung sehen. Aber wir sollten uns nicht täuschen lassen; die grundsätzlich desolate Finanzsituation der Stadt Zülpich hat sich nicht verändert. Ein Trend zum Besseren ist nicht erkennbar.

Die Einnahme und Ausgaben des Verwaltungshaushalts werden im wesentlichen durch folgende Faktoren beeinflusst:

- die Gewerbesteuer steigt von 4.250.000,-- € im Jahr 2005 auf 5 Mio. € im Jahr 2006; dies bedeutet eine Verbesserung von 750.000,-- €
- der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer steigt von 4.880.000,-- € im Jahr 2005 auf 4.930.000,-- € im Jahr 2006; dies bedeutet eine Verbesserung von 50.000,-- €
- die Schlüsselzuweisungen steigen von 3.037.000,-- € im Jahr 2005 auf 3.710.000,-- € im Jahr 2006; dies bedeutet eine Verbesserung von 673.000,-- € Diese ist systembedingt durch eine vergleichsweise geringere städtische Steuerkraft in der maßgeblichen Referenzperiode. Das Finanzausgleichssystem führt dazu, dass sich aufgrund der positiven Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen die Schlüsselzuweisungen im Haushaltsjahr 2007 aber wieder nicht unerheblich reduzieren werden,
- die Gewerbesteuerumlage steigt von 410.000,-- € im Jahr 2005 auf 570.000,-- € im Jahr 2006; dies bedeutet eine Verschlechterung in Höhe von 160.000,-- €

- die Gewerbesteuerumlage für „Fonds Deutsche Einheit“ steigt von 340.000,- € im Jahr 2005 auf 495.000,- € im Jahr 2006; dies bedeutet eine Verschlechterung in Höhe von 155.000,- €
- die Kreisumlage steigt von 8.236.000,- € im Haushaltsjahr 2005 auf 8.370.000,- € im Haushaltsjahr 2006; dies bedeutet eine Verschlechterung in Höhe von 134.000,- € Hierbei ist eine mögliche Hebesatzveränderung allerdings nicht berücksichtigt,
- die Zinsen für Kassenkredite steigen von 220.000,- € im Jahr 2005 auf 500.000,- € im Jahr 2006; dies bedeutet eine Verschlechterung in Höhe von 280.000,- €
- die Serviceleistungen der Stadtwerke steigen von 3.611.400,- € im Jahr 2005 auf 3.838.800,- € im Jahr 2006; dies bedeutet eine Verschlechterung in Höhe von 227.000,- €
- die Umlage KVE sinkt von 583.000,- € im Jahr 2005 auf 257.000,- € im Jahr 2006; dies bedeutet eine Verbesserung in Höhe von 326.000,- €

Die Personalkosten sind in den Entwurf des Haushaltsplanes 2006 mit 5,4 Mio. € eingestellt worden, was bei einem Einsatz von 5.311.200,-- € im Jahr 2005 grundsätzlich einer Steigerung von rd. 1,7 % entspricht.

Durch gegen zu rechnenden Personalkostenerstattungen im Sozialbereich (Umsetzung von Hartz IV) in Höhe von 56.000,-- € und für erhöhte Stundenzahlen bzw. Neueinstellungen im Kindergartenbereich (integrativ) in Höhe von 59.000,-- € ergibt sich jedoch für das Haushaltsjahr 2006 ein bereinigtes Personalkostenbudget in Höhe von rd. 5.285.000,-- €, so dass netto im Vergleich zum Vorjahr sogar eine geringe Einsparung zu verzeichnen ist.

Darüber hinaus wird das Thema „Personalkosten“ uns im Haushaltsjahr 2006 und in den Folgejahren noch weiter beschäftigen. Ich habe veranlaßt, dass alle Stellen innerhalb der Stadt Zülpich bewertet werden. Eine derartige Bewertung lag bisher nicht vor. Die Stellenbewertungskommission hat inzwischen des öfteren getagt und die Stellenbewertung zum Abschluss gebracht. Es steht noch aus das abschließende Gespräch mit dem Personalrat, der allerdings im Rahmen der Bewertungskommission schon beteiligt war sowie das abschließende Gespräch mit dem Bürgermeister. Ich beabsichtige, in dem namentlichen Stellenplan, der dem Haupt-, Personal- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Zülpich in seiner nächsten Sitzung vorgelegt wird, das Ergebnis der Stellenbewertung umzusetzen. Das bedeutet, dass die Stellen so in den Stellenplan eingestellt werden, wie sie nunmehr bewertet worden sind. Ich bin der Meinung, dass eine korrekte Bewertung in Zukunft Grundlage für jeden Stellenplan sein sollte. Darüber hinaus werden bereits im Stellenplan 2006 mögliche Einsparpotentiale im Personalbereich aufgezeigt werden. Ich kann hier und heute als Bürgermeister nur sagen, Einsparpotentiale sind vorhanden, sie werden sich zumindest mittelfristig auch realisieren lassen.

Insbesondere im Rahmen der neuen Organisationsstruktur der Verwaltung der Stadt Zülpich unter dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement ab dem 01.01.2007 wird es Synergieeffekte und Personaleinsparpotentiale geben.

Einsparpotentiale gesehen werden bereits jetzt im Bereich der öffentlichen Bücherei der Stadt Zülpich. Hier haben wir es mit einer freiwilligen Aufgabe zu tun. In diesem Bereich müssen alle Einsparpotentiale ausgeschöpft werden. Aus meiner Sicht als Bürgermeister ist es anzustreben, das Büchereiwesen in Zülpich zu bündeln, wodurch sicherlich Konsolidierungspotentiale ausgeschöpft und Synergieeffekte genutzt werden können. Dem trägt die Ansatzbildung im Unterabschnitt „Stadtbücherei“ Rechnung.

Rund 30 % des Ausgabevolumens des städtischen Verwaltungshaushalts entfällt inzwischen auf die Finanzierung der Kreisumlage.

Nach dem Haushaltsentwurf 8.370.000,-- € bei Zugrundelegung eines unveränderten Hebesatzes von 53,50 v.H..

Das Land NRW hat in den zurückliegenden Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass die Gemeinden in ihren Konsolidierungsanstrengungen und haushaltsstrukturverbessernden Bemühungen keinesfalls nachlassen dürfen.

An die Umlageverbände richtete das Land in diesem Zusammenhang stets die eindringliche Forderung, diesen Prozess durch eigene konsequente Konsolidierungsbemühungen zu unterstützen.

In diese Richtung geht auch die eingangs erwähnte Verfügung des Regierungspräsidenten.

Da die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kreiskommunen nachweislich bereits seit längerem nicht mehr gegeben ist, sollte der Kreis nun endlich auch seine Solidarität unter Beweis stellen und über die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nachdenken.

Er würde so dem Vorbild anderer Kreise folgen.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung des letzt jährigen Kreishaushalts wurde für das Haushaltsjahr 2006 eine Anhebung auf mehr als 60 %-Punkte angekündigt. Jeder zusätzliche Prozentpunkt bei der Kreisumlage bedeutet für die Stadt Zülpich eine Mehrbelastung von rd. 156.000,-- €

Sollten der Kreistag und Landrat diese Prognose tatsächlich wahr machen, so können Sie sich die katastrophalen Auswirkungen für die Stadt Zülpich leicht ausmalen. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden müssen dieser Entwicklung entgegenwirken. Die Ausführungen von Kreiskämmerer Hessenius am vergangenen Dienstag in der Bürgermeisterkonferenz lassen in Bezug auf die Kreisumlage das Schlimmste befürchten.

Gestatten Sie mir zum Abschluss meiner Ausführungen zum Verwaltungshaushalt eine kurze Betrachtung des Projekts „Neues Kommunales Finanzmanagement – NKF“.

Mit der zum 01.01.2007 geplanten Umstellung von der Kameralistik auf ein doppisches Haushalts- und Rechnungswesen auf der Grundlage des NKF und den hier nach verfügbaren qualifizierten Steuerungsinstrumenten verbinde ich die Hoffnung, dass Konsolidierungspotential aufgezeigt und umgesetzt werden kann. Im Hinblick auf die Personalsituation habe ich hierzu bereits Ausführungen gemacht.

Die Verwaltung bewegt sich im Projektzeitplan. Der Hauptaufwand liegt aber noch einige Monate darin, die Vielzahl der künftigen Bilanzpositionen durch Erfassungen und Bewertungen mit Leben zu erfüllen. Für 2006 steht dann unter anderem auch eine intensive Schulung der Politik, d.h. der Ratsmitglieder, auf dem Plan. Es geht nämlich nicht vorrangig um eine Änderung des Rechnungsstils, sondern als Ausfluss des sogenannten Neuen Steuerungsmodells auch um eine Neudefinition der künftigen Verwaltungssteuerung über eine Output-Orientierung.

Der Entwurf des Haushalts für das Haushaltsjahr 2006 stellt insgesamt für dieses Projekt ein Budget von 50.000,-- € bereit, welches auch unabdingbar erforderlich ist, um die entsprechende Beschlussfassung des Haupt-, Personal- und Finanzausschusses, nämlich mit dem 01.01.2007 einen doppischen Haushalt zu fahren, zu verwirklichen.

Der Entwurf des Wirtschaftsplanes der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Entsorgung - Dienstleistungen“ der Stadtwerke Zülpich für das Wirtschaftsjahr 2006 liegt Ihnen bereits seit einigen Wochen vor und soll nachfolgend verabschiedet werden.

Er sieht im Erfolgs- und Vermögensplan ein Gesamtvolumen von rd. 17,3 Mio. € vor.

Erfreulicherweise werden den Bürgerinnen und Bürgern hiernach Hiobsbotschaften zur Gebührenentwicklung 2006 erspart bleiben.

Bei den Betriebszweigen „Abwasserbeseitigung“, „Straßenreinigung/Winterdienst“ und „Friedhof“ kommen im Vergleich zum Vorjahr unveränderte Gebührensätze zur Anwendung.

Lediglich beim Betriebszweig „Abfallbeseitigung“ müssen – da Rücklagenmittel inzwischen zum Großteil aufgebraucht sind – in moderatem Umfang Erhöhungen vorgenommen werden.

Aber immerhin, die Empfehlung von Verwaltung und Werkausschuss sieht hier vor, dass die Grundgebühren für die Restabfallgefäße noch unter den Sätzen des Jahres 2004 bleiben und die personenbezogene Benutzungsgebühr auf das Niveau des Jahres 2004 festgesetzt wird.

Der Rat wird hierüber noch im Rahmen der heutigen Tagesordnung zu beschließen haben.

Im Vermögenshaushalt sieht der Haushaltsentwurf zwischen Einnahmen und Ausgaben einen Ausgleich vor, ohne dass die Aufnahme neuer Kredite vorgesehen werden muss. Hierdurch lässt sich ein kleiner Konsolidierungseffekt erzielen, da der städtische Schuldenstand um knapp 700.000,-- € reduziert werden kann.

Schwerpunktmäßig sieht der Vermögenshaushalt folgende größere Ausgaben- und Einnahmeblöcke vor:

Ausgaben

Ersatz und Neuanschaffungen im Bereich Feuerwehr	100.000,-- €
Löschfahrzeug für die Löschgruppe Bürvenich	180.000,-- €
Offene Ganztagschule im Bereich KGS Zülpich	256.000,-- €
Offene Ganztagschule im Bereich Stephanusschule Bürv.	385.000,-- €

Quartier Mühlenberg	680.000,-- €
Quartier Mühlenberg – Didaktik -	630.000,-- €
Ausbau Bachsteinweg in Zülpich	175.000,-- €
Ausbau „Am Wachbaum“ in Zülpich-Wichterich	275.000,-- €
Sanierung von Brücken	55.000,-- €
Verkehrslenkende Maßnahmen Römerallee	100.000,-- €
Sanierung Quirinusbrücke Zülpich	45.000,-- €
Kostenbeteiligung Umgestaltung B 56 (Kreisverkehrsplatz Nideggener Straße)	90.000,-- €
Gründung einer Entwicklungsgesellschaft	50.000,-- €
Umsetzung Brandschutzkonzept städtische Gebäude	80.000,-- €
Instandsetzung städtischer Gebäude	280.000,-- €

Einnahmen

Landeszuschuss Offene Ganztagschule KGS Zülpich	230.000,-- €
Landeszuschuss Offene Ganztagschule Stephanusschule Bürv.	345.000,-- €
Ausgleichszahlungen Stadtsanierung	400.000,-- €
Landeszuschuss Quartier Mühlenberg	157.700,-- €
Zuweisung Quartier Mühlenberg – Didaktik -	515.000,-- €
Erschließungsbeiträge nach BauGB	180.000,-- €
Auflösung Ertragszuschüsse eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abwasserbeseitigung	550.000,-- €
Erlös aus Grundstücksverkäufen	1.000.000,-- €

Neben den vor bezeichneten Ausgaben und Einnahmen im Verwaltungshaushalt sieht der Entwurf der Haushaltssatzung Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 910.000,-- € vor. Diese beziehen sich im wesentlichen auf die Neuanschaffung eines Löschfahrzeuges für die Löschgruppe Juntersdorf, die Sanierung des Hertener Weges in Zülpich, den Ausbau von Straßen im Plangebiet „Düttling“ in Juntersdorf, die Umsetzung des Brandschutzkonzeptes für städtische Gebäude und auf Grunderwerbs- und Nebenkosten zum Zwecke der planungsrechtlichen Ausweisung von Bauland und der Erschließung von Baugrundstücken.

Mit den Veranschlagungen im Haushaltsplan 2006 ist der investive Teil „Museum der Badekultur“ ausfinanziert.

Der Baufortschritt und auch der Stand der Einrichtung/Didaktik lassen eine Fertigstellung im Jahr 2006 erwarten.

Haushaltsmittel für den Echtbetrieb des Museums sind nicht eingestellt worden.

Die vor Jahren vorgenommene Kalkulation der Betriebskosten ist aus heutiger Sicht nicht aufrecht zu erhalten. Schuld daran ist das Stiftungsrecht des Landes NRW, welches weder dem Kreis Euskirchen noch dem Landschaftsverband Rheinland eine Einbringung in der zugesicherten Größenordnung erlaubt, weil in gleicher Höhe privates Stiftungskapital in die Förderstiftung einfließen muss. Ein professioneller Betrieb mit einer auch vom Rat der Stadt Zülpich vorgegebenen Unterdeckung von max. 150.000,-- € ist damit aus derzeitiger Sicht nicht darstellbar.

Ich habe in der Sache im laufenden Haushaltsjahr drei Gespräche mit dem Kämmerer des Landschaftsverbandes Rheinland geführt und hatte auch die Gelegenheit, den für das Stiftungsrecht zuständigen Innenminister des Landes NRW auf die Thematik hinzuweisen. Eine Lösung ist derzeit trotz schöner Worte aber nicht in Sicht. Ich kann daher nur an alle Beteiligten appellieren: Finden Sie gemeinsam mit der Stadt Zülpich eine Lösung, die den wirtschaftlichen Vorgaben entspricht; ansonsten wird die Stadt Zülpich in die Geschichte eingehen mit einem einzigartigen Museum, das wegen Geldmangels nicht betrieben werden kann. Denn aus heutiger Sicht bin ich nicht in der Lage, Ihnen, meine Damen und Herren, die Eröffnung des Museums auf dem Mühlenberg zu empfehlen.

Meine Damen und Herren,

ich habe Ihnen die wesentlichen Zahlen des Haushaltsentwurfs für das Haushaltsjahr 2006 vorgetragen.

Es ist nunmehr Aufgabe der Fraktionen, der Fachausschüsse, insbesondere des Haupt-, Personal- und Finanzausschusses und letztendlich des Rates der Stadt Zülpich, den Entwurf in den anstehenden Beratungen in eine beschlussfähige Form zu kleiden. Dies wird sicherlich nicht einfach sein im Hinblick auf die desolate Haushalts- und Finanzlage, nicht nur der Stadt Zülpich, sondern der Städte und Gemeinden insgesamt.

Ich bin allerdings kein Prophet, wenn ich hier und heute behaupte, dass wir auch im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht in der Lage sein werden, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten. Gleichwohl steht Ihnen die gesamte Verwaltung mit Ideen, Rat und Tat im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen zur Verfügung.

Ich hoffe und ich bin auch sicher, dass es uns gelingt, gemeinsam einen Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 zu verabschieden.

Danke sagen möchte ich den Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, die an der Aufstellung der Haushaltssatzung nebst Anlagen beteiligt waren.

Mein Dank gilt insbesondere denen, die durch das Projekt „NKF“ und durch die Stellenbewertungen darüber hinaus zusätzlich belastet waren und sind.

Dies alles wird keine vergebene Kraftanstrengung sein. Blicken wir trotz aller Widrigkeiten positiv in die Zukunft.

Albert Bergmann